

Am 26.07.2019 veröffentlichen die Online-Portale von Zeit, Welt, Focus, MDR FAZ, WAZ, ARD und viele andere identisch den nachfolgenden Artikel, den der Münchner Merkur einen Tag später herausgibt.

Jeder Zweite bekommt weniger als 900 Euro Rente im Monat

CDU-Arbeitnehmer-Chef Laumann will das Problem der Altersarmut mit Pflicht-Betriebsrenten bekämpfen



Aus der Not geboren: Rentnerin bei der Leergutsuche

Berlin – Mehr als die Hälfte aller Rentner bekommt aus der gesetzlichen Rente weniger als 900 Euro. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Danach haben 51,4 Prozent der Altersrentner im Jahr 2018 weniger als 900 Euro erhalten. Das seien mehr als 9,3 Millionen Menschen gewesen. 58,6 Prozent der Rentner bekamen demnach weniger als 1.000 Euro.

Das ist schon eine sehr reißerische Aufmachung, die nicht die reale Haushaltssituation berücksichtigt! Dieser Umstand wird aber im übernächsten Absatz korrigiert.

Die genannten Rentendaten beziehen sich auf die Rentenzahlbeträge, also auf den Betrag der Rente nach dem Abzug von Sozialbeiträgen und vor dem Abzug von Steuern. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann erklärte dazu dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“: „Es lässt sich schlicht nicht leugnen, dass die gesetzliche Rente nicht mehr armutsfest ist.“ Die Wurzel des Übels seien die niedrigen Löhne in Deutschland, vor allem im unteren Lohnbereich. „Niedrige Löhne ziehen niedrige Renten nach sich“, so Zimmermann, die Vorsitzende des Seniorenausschusses im Bundestag ist.

Sieh an – und dazu benötigt die Politik beinahe 10 Jahre

Die Bundesregierung verweist darauf, dass allein aus der Höhe einer gesetzlichen Altersrente grundsätzlich nicht auf soziale Bedürftigkeit geschlossen werden könne, weil dabei mögliche zusätzliche Einkommensquellen und die konkrete Haushaltssituation nicht berücksichtigt seien. Geringe Rentenbeiträge würden in der Regel durch zusätzliche Einkünfte oder das Einkommen des Ehepartners ausgeglichen, teilte die Bundesregierung mit. Die Armutsgefährdungsschwelle für eine Person lag im Jahr 2017 bei 999 Euro im Monat. Die Armutsquote bei Über-65-Jährigen liegt nach den Angaben bei 14,6 Prozent (Gesamtbevölkerung: 15,8 Prozent).

Der CDU-Sozialflügel will das Problem der Altersarmut durch eine obligatorische Betriebsrente lösen. „Es sollte eine Pflicht zur Betriebsrente geben“, sagte der Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Laumann, der Düsseldorfer „Rheinischen Post“. „Mit dem Modell der Riester-Rente sind wir in eine Sackgasse geraten.“

„Die Riester-Rente ist gescheitert. Wir brauchen eine große Rentenreform.“ Diesen Satz hätte man gern mal von Andrea Nahles gehört: Gesagt hat dies nicht die zuständige Bundesarbeitsministerin, die im März 2016 noch erklärt hatte, das Rentensystem sei „stabil und funktioniert“, sondern der damalige CSU-Chef Horst Seehofer. Endlich hat damit ein führender Politiker die Wahrheit ausgesprochen.

In Unternehmen ohne Tarifverträge gebe es so gut wie keine Betriebsrenten, sagte der NRW-Sozialminister. „Das kann nicht so bleiben.“ Ausgerechnet diejenigen seien am schlechtesten abgesichert, die es am nötigsten hätten. „Leute, die über 5.000 Euro monatlich verdienen, haben zu 75 Prozent Betriebsrenten, die unter 2000 Euro verdienen, nur zu 15 Prozent. Da weiß man, wo das Problem liegt“, sagte Laumann. kr

Weiß er das? Was mit dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung zu Gunsten des Arbeitnehmers in 1974 begann, wurde durch die nachfolgenden staatlichen Eingriffe und die Lobbyarbeit der Versicherungen zerstört.

Einem Arbeitnehmer, der bis zur Beitragsbemessungsgrenze verdient (in 2019 sind dies 6.700 €) ist nicht zu empfehlen, aus Eigenmitteln eine Betriebsrente zu besparen, weil er dadurch seine gesetzliche Rente schmälert. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die „Null-Zins-Politik“ der EZB keine Rendite mehr zu erwirtschaften ist. Betriebsrente macht nur dann einen Sinn, wenn sich der Arbeitgeber beteiligt.